

Pressemitteilung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte
Wien, den 6. Dezember 2017

Auch nach zehn Jahren bleiben Erfolge bei der Bekämpfung von Diskriminierung und Hass gegenüber Minderheiten aus

Diskriminierung, Intoleranz und Hass sind in der gesamten EU nach wie vor weit verbreitet. Dies droht viele Angehörige von Minderheiten an den Rand zu drängen und zu entfremden, obwohl sie sich dem Land, in dem sie leben, ansonsten weitgehend verbunden fühlen und seinen Institutionen vertrauen. Diese Erkenntnisse resultieren aus einer wiederholten Erhebung der Agentur der Europäischen Union für Grundrechte (FRA).

„Vor nahezu zehn Jahren haben wir warnend darauf hingewiesen, dass ethnische Diskriminierung und ethnischer Hass weite Verbreitung gefunden haben. Diese neuen Ergebnisse zeigen nun, dass unsere Gesetze und politischen Maßnahmen die Menschen, zu deren Wohl sie verabschiedet wurden, nicht ausreichend schützen“, stellt FRA-Direktor [Michael O’Flaherty](#) fest. „Mit jedem Fall von Diskriminierung und Hass unterhöhlen wir den sozialen Zusammenhalt weiter und schaffen Ungleichheiten, die Generationen verderben. Dies treibt die Entfremdung weiter voran, was schließlich verheerende Folgen haben kann.“

Die wichtigsten Ergebnisse der zweiten Erhebung der EU-Grundrechteagentur zu Minderheiten und Diskriminierung in der Europäischen Union (EU-MIDIS II) sind nun veröffentlicht. Der Bericht [Second European Union Minorities and Discrimination Survey \(EU-MIDIS II\): main results](#) macht deutlich, dass konkrete, schärfere Maßnahmen in Verbindung mit wirksamen Sanktionen ergriffen werden müssen, um einen rechtlichen Schutz vor Diskriminierung zu bieten. Zudem wurden 88 % der Fälle von ethnischer Diskriminierung, 90 % der durch Hass motivierten Belästigungen und 72 % der durch Hass motivierten Gewaltakte nicht gemeldet. Dies macht deutlich, wie viel mehr getan werden muss, um Opfer zu erreichen und zur Anzeige solcher Vorfälle zu ermutigen. Gleichzeitig müssen Strafverfolgungsbehörden und Gleichbehandlungsstellen die richtigen Instrumente erhalten, damit sie solche Anzeigen effektiv weiterverfolgen können.

Weitere wichtige Erkenntnisse dieser FRA-Erhebung sind beispielsweise:

- In Deutschland sind in den vergangenen fünf Jahren 52% der befragten AfrikanerInnen aus Ländern südlich der Sahara und 33% der befragten TürkInnen Opfer von Diskriminierung geworden. EU-weit liegt der Wert bei 39% für alle befragten AfrikanerInnen aus Ländern südlich der Sahara und bei 34% für TürkInnen. Am häufigsten diskriminiert wurden AfrikanerInnen aus Ländern südlich der Sahara bei der Wohnungssuche (33%) und TürkInnen bei der Arbeitssuche (22%).
- 35% der in Deutschland befragten AfrikanerInnen aus Ländern südlich der Sahara und 22% der befragten TürkInnen haben im vergangenen Jahr hass-motivierte Belästigung erfahren – verglichen mit 21% aller EU-weit befragten AfrikanerInnen aus Ländern südlich der Sahara und 23% aller befragten TürkInnen.
- Mindestens die Sekundarstufe II abgeschlossen haben in Deutschland 56% der AfrikanerInnen aus Ländern südlich der Sahara und 42% der TürkInnen, verglichen mit 80% der Allgemeinbevölkerung. Dies reduziert die Beschäftigungschancen für diese AfrikanerInnen und TürkInnen.

Weiterhin geht aus den Erhebungsergebnissen hervor, dass Angehörige von Minderheiten in höherem Maße Vertrauen in die öffentlichen Einrichtungen haben als die

Allgemeinbevölkerung. Auch fühlen sie sich dem Land, in dem sie leben, mehrheitlich eng verbunden. Darüber hinaus sind sie anderen ethnischen Gruppen gegenüber weitgehend offen eingestellt.

Allerdings gibt es auch klare Anzeichen dafür, dass Diskriminierung, Belästigung oder Gewalt nicht ohne Folgen bleiben. Personen, die Diskriminierung, Belästigung oder Gewalt ausgesetzt waren, vertrauen weniger den öffentlichen Einrichtungen und fühlen sich in geringerem Maße dem Land verbunden, in dem sie leben.

Dies ist die zweite Befragung von Minderheiten und MigrantInnen der Agentur für Grundrechte. Die Erhebung fragte nach Diskriminierungserfahrungen, Belästigung und Polizeikontrollen, Kenntnis der eigenen Rechte sowie nach Anhaltspunkten für Integration, wie Zugehörigkeitsgefühl und Vertrauen in öffentliche Einrichtungen und Offenheit gegenüber anderen Gruppen.

Nähere Informationen können Sie dem [Pressepaket](#) entnehmen oder wenden Sie sich an: media@fra.europa.eu / Tel.: +43 158030642.

Hinweise für die Redaktion

- Dieser Bericht ist Teil einer EU-weiten Erhebung von 25 500 Personen, die einen Migrationshintergrund haben bzw. einer ethnischen Minderheit angehören, einschließlich Roma und RussInnen; die Erhebung wurde in allen 28 EU-Mitgliedstaaten durchgeführt. Sie baut auf der ersten Erhebung dieser Art auf, die die FRA 2008 durchführte.
- Die FRA ist eine unabhängige Agentur der EU, die für die EU und ihre Mitgliedstaaten Unterstützung und Fachkenntnisse in Grundrechtsfragen bereitstellt.